Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Die Rechtsmittelführerin macht die folgenden Rechtsmittelgründe geltend:

1. Erster Rechtsmittelgrund: Verstoß gegen Artikel 107 Abs. 3 AEUV

Das Urteil verstoße gegen Artikel 107 Abs. 3 AEUV, da das Gericht bei rechtsfehlerfreier Beurteilung des angefochtenen Beschlusses zu der Feststellung hätte gelangen müssen, dass das Unterlassen einer gesonderten Prüfung, ob und inwieweit die Gewährung der Beihilfe wettbewerbsverfälschende Wirkung entfalten würde, einen Verstoß gegen Artikel 107 Abs. 3 lit. c) AEUV darstelle.

Das angefochtene Urteil verkenne, dass die Rechtsmittelgegnerin ihre Prüfung nicht auf die bloße Ermittlung der ex ante geschätzten Mehrkosten des Projekts am benachteiligten Standort beschränken und für jede darüber hinausgehende Beihilfe — völlig ungeachtet der konkreten Marktstellung der Rechtsmittelführerin — die Wettbewerbsverfälschung „vermuten“ durfte.

2. Zweiter Rechtsmittelgrund: Verstoß gegen Artikel 288 AEUV, Artikel 3, 13 Abs. 1 AGVO 2008 sowie das Diskriminierungsverbot

Das Urteil verstoße gegen Artikel 288 AEUV sowie die Artikel 3 und 13 Abs. 1 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO 2008), da das Gericht bei rechtsfehlerfreier Beurteilung der Rechtsmittelgegnerin keine erneute Kompetenz zur Prüfung von Beihilfen und deren Unvereinbarkeitserklärung durch Beschluss zuerkennen durfte, soweit diese Beihilfen bis zur Höhe des Schwellenwertes nach Art. 6 Abs. 2 AGVO 2008 auf Grundlage höherrangigen, sekundären Unionsrechts bereits materiell für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt worden waren.

Die Konsequenz des angefochtenen Urteils sei zudem, dass die Rechtsmittelführerin durch das Verbot, eine Beihilfe über 17 Millionen Euro bis zur Höhe des Schwellenwertes der AGVO 2008 zu erhalten, im Vergleich zu ihren Wettbewerbern diskriminiert wird. Denn jedem — selbst einem marktbeherrschenden — Wettbewerber wäre es möglich gewesen, in vergleichbarer Lage für eine vergleichbar hohe Investition eine Beihilfe aus dem deutschen InvZulG bis zum Schwellenwert zu erhalten.

**Vorabentscheidungsersuchen des Centrale Raad van Beroep (Niederlande), eingereicht am
4. Dezember 2017 — M. Çoban / Raad van bestuur van het Uitvoeringsinstituut
werknemersverzekeringen**

(Rechtssache C-677/17)

(2018/C 094/06)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Vorlegendes Gericht

Centrale Raad van Beroep

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: M. Çoban

Beklagter: Raad van bestuur van het Uitvoeringsinstituut werknemersverzekeringen

Vorlagefrage

Ist Art. 6 Abs. 1 des Beschlusses Nr. 3/80⁽¹⁾ unter Berücksichtigung von Art. 59 des Zusatzprotokolls dahin auszulegen, dass er einer gesetzlichen Regelung eines Mitgliedstaats wie Art. 4a der TW entgegensteht, aufgrund deren eine bewilligte Aufstockungsleistung entzogen wird, sofern der Begünstigte in die Türkei umzieht, auch wenn er das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats von sich aus verlassen hat? Ist dabei von Belang, dass der Betroffene zum Zeitpunkt seines Wegzugs kein Aufenthaltsrecht aufgrund des Assoziationsrechts mehr hat, aber eine langfristige Aufenthaltsberechtigung — EU besitzt? Ist dabei von Belang, dass der Betroffene aufgrund der nationalen Vorschriften innerhalb eines Jahres nach dem Wegzug die Möglichkeit hat, zurückzukehren und damit den Zuschlag wiederzuerlangen, und dass diese Möglichkeit fortbesteht, solange er die langfristige Aufenthaltsberechtigung — EU besitzt?

⁽¹⁾ Beschlusses Nr. 3/80 des Assoziationsrats vom 19. September 1980 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf die türkischen Arbeitnehmer und auf deren Familienangehörige (ABl. 1983, C 110, S. 60).

Vorabentscheidungsersuchen des Hof van beroep Antwerpen (Belgien), eingereicht am 4. Dezember 2017 — Vlaamse Gewest, vertreten durch die Vlaamse regering in Person des Vlaamse Minister van Begroting, Financiën en Energie, und Vlaamse Gewest, vertreten durch die Vlaamse regering in Person des Vlaamse Minister van Omgeving, Natuur en Landbouw/Johannes Huijbrechts

(Rechtssache C-679/17)

(2018/C 094/07)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Vorlegendes Gericht

Hof van beroep Antwerpen

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungskläger: Vlaamse Gewest (Flämische Region), vertreten durch die Vlaamse regering (Flämische Regierung) in Person des Vlaamse Minister van Begroting, Financiën en Energie (Flämischer Minister für Haushalt, Finanzen und Energie), und Vlaamse Gewest (Flämische Region), vertreten durch die Vlaamse regering (Flämische Regierung) in Person des Vlaamse Minister van Omgeving, Natuur en Landbouw (Flämischer Minister für Raumordnung, Natur und Landwirtschaft)

Beklagter: Johannes Huijbrechts

Vorlagefragen

1. Liegt eine Verletzung des freien Kapitalverkehrs im Sinne von Art. 63 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union vor, wenn einem Erben eines im Ausland belegenen und auf nachhaltige Weise bewirtschafteten Waldgebiets keine Befreiung von der Erbschaftsteuer für dieses Waldgebiet auf Grundlage von Art. 55quater des Vlaams wetboek der successierechten (WS) (jetzt Art. 2.7.6.0.3 des Vlaamse Codex Fiscaliteit [CF]) gewährt wird, während einem Erben eines im Inland belegenen und auf nachhaltige Weise bewirtschafteten Waldgebiets eine Befreiung von der Erbschaftsteuer für dieses Waldgebiet auf Grundlage von Art. 55quater WS (jetzt Art. 2.7.6.0.3 CF) gewährt wird?
 2. Stellt das Interesse des flämischen Waldareals im Sinne von Art. 55quater WS (jetzt Art. 2.7.6.0.3 CF) einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses dar, der eine Regelung rechtfertigt, in der die Anwendung einer Befreiung von der Erbschaftsteuer auf die in Flandern belegenen und auf nachhaltige Weise bewirtschafteten Waldgebiete beschränkt wird?
-